

Niederschrift
über die 20. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 10.10.2019 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Tondorf, Bernd	für Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga	
Mucha, Constanze	für Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold	
Rubin, Dirk	
Schittges, Winfried	
Solf, Michael-Ezzo	
Wöber-Servaes, Sylvia	
Wörmann, Josef	Vorsitzender

SPD

Daun, Dorothee	
Lüngen, Ilse	
Recki, Gerade	für Meiß, Ruth
Nottebohm, Doris	
Schmerbach, Cornelia	
Schmidt-Zadel, Regina	
Servos, Gertrud	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina	
Schmitt-Promny M.A., Karin	
Tuschen, Johannes	für Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Jacob, Tobias
Rensmann, Rainer Heinz

FREIE WÄHLER

Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Daun, Dorothee
Solf, Michael-Ezzo
Servos, Gertrud
Schmitt-Promny M.A., Karin
Boos, Regina
Rensmann, Rainer Heinz
Rehse, Henning

Beiratsvorsitzende

Landesbehindertenrat NRW

Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Ladenberger, Horst
Schubert, Wiebke

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Michel, Claus

Verwaltung:

Lubek, Ulrike	LVR-Direktorin
Schartmann, Dr. Dieter	LVR-Dezernat Soziales
Buchhaus, Jürgen	LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
Kölzer, Wilfried	LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
Woltmann, Bernd	Leitung Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden
Henkel, Melanie	Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden, Protokoll
Brinkmann, Sabine	Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschriften
- 2.1. Niederschrift über die 19. gemeinsame Sitzung von Ausschuss und Beirat vom 04.07.2019
- 2.2. Niederschrift über die 29. Beiratssitzung vom 27.09.2019
3. Zweite Staatenprüfung Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention:
Auswertung des Staatenberichtes der Bundesregierung **14/3544 K**
4. Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache **14/3664 K**
5. Anteilige finanzielle Förderung eines Inklusionswagens für den Aachener Karneval **14/3675 E**
6. Empfehlende Beschlüsse zur Umsetzung des BTHG im Elementarbereich
- 6.1. Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege **14/3636 E**
- 6.2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) **14/3637 E**
- 6.3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) **14/3638 E**
- 6.4. Gestaltung des Übergangsprozesses der Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (LVR-FInK-Pauschale) nach Einführung des BTHG zum 01.01.2020 **14/3639 E**
7. Weitere Kenntnisnahmen
- 7.1. Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schülerinnen und Schülern an den LVR-Förderschulen 2017/2018 **14/3547 K**
- 7.2. LVR-Inklusionspauschale
hier: Bericht zum Stichtag 31.05.2019 **14/3509 K**
- 7.3. Jahresbericht LVR-Inklusionsamt 2018/2019 **14/3620 K**
- 7.4. Ergebnis der Prüfung zum Einsatz von NUEVA in den LVR-HPH-Netzen **14/3549 K**
- 7.5. Bericht über außerrheinische Maßnahmen und konzeptionelle Schlussfolgerungen **14/3542 K**

- 7.6. Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn; hier: Sachstandsbericht zur inklusiven Umgestaltung der Dauerausstellung und des Leitsystems (Phase 2) **14/3574 K**
- 7.7. LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum Umsetzung des Maßnahmenkataloges zur Barrierefreiheit hier: Durchführungsbeschluss **14/3609 K**
8. Anfragen und Anträge
- 8.1. Antrag zum Doppelhaushalt 2020/2021: Fördertopf inklusive Spielgeräte **Antrag
14/272 FREIE
WÄHLER E**
9. Bericht aus der Verwaltung
10. Beschlusskontrolle
11. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende der Sitzung: 11:05 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Der **Ausschussvorsitzende** begrüßt Frau **Brinkmann** als neue Gleichstellungsbeauftragte des LVR.

Punkt 2

Niederschriften

Punkt 2.1

Niederschrift über die 19. gemeinsame Sitzung von Ausschuss und Beirat vom 04.07.2019

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 2.2

Niederschrift über die 29. Beiratssitzung vom 27.09.2019

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Frau **Servos** bedankt sich ausdrücklich dafür, dass der Film "Die Kinder der Utopie" gezeigt wurde. Sie wirbt für die weitere Verbreitung des Films im Rahmen von Veranstaltungen in den Mitgliedskörperschaften des LVR.

Punkt 3

Zweite Staatenprüfung Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention: Auswertung des Staatenberichtes der Bundesregierung Vorlage Nr. 14/3544

Frau **Lubek** führt zur Vorlage aus und verweist darauf, dass die Diskussionen im Ausschuss und Beirat sowie in den anderen Fachausschüssen viele Themen aufgreifen, die vom prüfenden UN-Fachausschuss als bedeutend eingeschätzt werden.

Herr **Woltmann** erläutert das völkerrechtliche Instrument der Staatenprüfung. Er kündigt an, dass die LVR-interne Follow-up-Berichterstattung wieder einsetzen werde, sobald die neuen Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses vorliegen. Er weist darauf hin, dass die Parallel- bzw. Schattenberichterstattung der Zivilgesellschaft dafür genutzt werden könne, um Themen zu setzen, die bislang zu wenig im Blickpunkt seien (z.B. § 1905 BGB zur Sterilisation).

Die Vorlage wird von Frau **Schmitt-Promny**, Frau **Herlitzius**, Herrn **Solf**, Frau **Schmidt-Zadel**, Frau **Boos**, Frau **Schmerbach**, Frau **Schubert**, dem **Ausschussvorsitzenden** und der **Beiratsvorsitzenden** diskutiert.

Kritisiert wird, dass die Stellungnahme der Bundesregierung an vielen Stellen vage bleibe. Die Vorlage wird überdies als Impuls verstanden, im LVR selbst Themen in eigener Zuständigkeit anzugehen.

Es wird betont, dass die Auseinandersetzung des LVR mit den Ergebnissen der Staatenprüfung vorbildhaft sei.

Die Auswertung des Staatenberichts der Bundesregierung hinsichtlich ausgewählter Themen, die den LVR in seiner Zuständigkeit in besonderer Weise berühren, wird gemäß Vorlage-Nr. 14/3544 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache Vorlage Nr. 14/3664

Der **Ausschussvorsitzende** bedankt sich ausdrücklich bei Frau **Henkel** und Herrn **Woltmann**, die maßgeblich an der Erstellung der Broschüre beteiligt waren.

Es wird eine weitere Verbreitung der Broschüre in den Mitgliedskörperschaften angeregt.

Frau **Herlitzius** macht darauf aufmerksam, dass sich die Broschüre an die Träger öffentlicher Belange nach § 2 des Inklusionsgrundsatzgesetzes richte (also insbesondere Dienststellen und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung). Das Thema Leichte Sprache

sei jedoch auch für weitere Akteure relevant (z.B. SPZ).

Die "Empfehlungen für Träger öffentlicher Belange zum strategischen Umgang mit Leichter Sprache", beschlossen vom Inklusionsbeirat NRW, werden gemäß Vorlage Nr. 14/3664 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Anteilige finanzielle Förderung eines Inklusionswagens für den Aachener Karneval Vorlage Nr. 14/3675

Frau **Schmitt-Promny** lobt das Vorhaben.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Der Landschaftsausschuss beschließt, den Bau eines Inklusionswagens, der ab 2020 mehrere Jahre für den Aachener Karneval eingesetzt werden soll, anteilig mit 20.000 Euro zu fördern sowie für die begleitende Kommunikation bis zu 6.000 Euro bereitzustellen. Die Gesamtkosten in Höhe von maximal 26.000 Euro sollen aus dem sog. „Sonderbudget Inklusion“ finanziert werden. Es wird angestrebt, die Kosten für die begleitende Kommunikation im Rahmen der Verhandlung eines Kooperationsvertrages mit dem Aachener Karnevalsverein sowie durch zusätzliches Sponsoring zu reduzieren.

Punkt 6

Empfehlende Beschlüsse zur Umsetzung des BTHG im Elementarbereich

Der **Ausschussvorsitzende** bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Vorlagen würden zeigen, dass der LVR sehr verantwortlich mit seinen neuen Aufgaben im Rahmen des BTHG umgehe.

Punkt 6.1

Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege Vorlage Nr. 14/3636

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Den Richtlinien zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) wird gem. Vorlage Nr. 14/3636 zugestimmt.

Punkt 6.2

Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) Vorlage Nr. 14/3637

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (IBIK) wird gem. Vorlage Nr. 14/3637 zugestimmt.

Punkt 6.3

Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) Vorlage Nr. 14/3638

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (FInK) wird gem. Vorlage Nr. 14/3638 zugestimmt.

Punkt 6.4

Gestaltung des Übergangsprozesses der Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (LVR-FInK-Pauschale) nach Einführung des BTHG zum 01.01.2020 Vorlage Nr. 14/3639

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Dem Übergangsprozess für die Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK) nach der Einführung des BTHG zum 01.01.2020 sowie den Förderrichtlinien für die LVR-FInK-Pauschale werden gemäß Vorlage Nr. 14/3639 zugestimmt.

Punkt 7

Weitere Kenntnisnahmen

Punkt 7.1

Schulabschlüsse und berufliche Werdegänge von Schülerinnen und Schülern an den LVR-Förderschulen 2017/2018 Vorlage Nr. 14/3547

Die Vorlage wird von Frau **Herlitzius**, Frau **Schmitt-Promny**, Frau **Schmerbach**, Frau **Lüngen**, der **Beiratsvorsitzenden**, Herrn **Rehse**, Frau **Boos**, Herrn **Ladenberger** und dem **Ausschussvorsitzenden** diskutiert.

Es wird bedauert, dass keine vergleichbaren Statistiken zu den Schulabschlüssen von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Lernen vorliegen würden. Zudem werden Langzeitstudien zum weiteren beruflichen Verlauf der Schulabgänger*innen vermisst.

Es wird aufmerksam gemacht, dass der LVR ab 2020 auch für die Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach der Schule zuständig sei. Hierin könne eine Chance liegen, wichtige Bildungsakteure im Sozialraum für die Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen zu aktivieren. Gerade bei den Volkshochschulen wird ein großer Handlungsbedarf wahrgenommen.

Herr **Kölzer** macht darauf aufmerksam, dass die Zielgruppen des LVR-Inklusionsamtes (Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung oder Gleichstellung) und der LVR-Förderschulen (Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf gemäß AOSF-Verfahren) nicht grundsätzlich identisch sind. Der LVR habe selbst keinen Zugang zu Daten aus dem schulischen Regelsystem.

Die Nachfrage, warum Jungen deutlich häufiger eine LVR-Förderschule besuchten als Mädchen, wird über das Protokoll wie folgt beantwortet: Dass Mädchen an den LVR-Förderschulen bedeutend seltener vertreten sind als Jungen, ist auf die unterschiedlichen Häufigkeiten festgestellter sonderpädagogischer Unterstützungsbedarfe bei Mädchen und Jungen in den Förderschwerpunkten KM (Körperliche und motorische Entwicklung) und SQ (Sprache) zurückzuführen. Diese fallen zudem quantitativ besonders ins Gewicht, da die beiden Förderbedarfe insgesamt deutlich häufiger auftreten als Förderbedarfe aufgrund von Sinnesbehinderungen bzw. -beeinträchtigungen. Für eine ganzheitliche Betrachtung müssten Daten aus dem allgemeinen System vorliegen, um Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im gemeinsamen Lernen zu berücksichtigen. Zur weiteren Erläuterung verweist die Verwaltung auf die Ausführungen im Rahmen der Vorlage Nr. 14/2812 unter 1.5 Seite 9.

Die Übersicht über die erreichten Schulabschlüsse und die beruflichen Werdegänge von Entlassschüler*innen der LVR-Förderschulen des Schuljahres 2017/2018 wird gemäß Vorlage Nr. 14/3547 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.2

LVR-Inklusionspauschale

hier: Bericht zum Stichtag 31.05.2019

Vorlage Nr. 14/3509

Der Bericht wird einvernehmlich begrüßt.

Die Ausführungen zur Antragsstellung für die LVR-Inklusionspauschale zum Stichtag 31.05.2019 gemäß Vorlage Nr. 14/3509 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.3

Jahresbericht LVR-Inklusionsamt 2018/2019

Vorlage Nr. 14/3620

Frau **Herlitzius** vermisst im Jahresbericht Zahlen zu Auszubildenden und Studierenden sowie Abbrecherzahlen.

Überdies erbittet sie eine vollständige Aufstellung der Leistungen an Arbeitgeber.

Nachtrag der Verwaltung zur Sitzung: Die erbetene Aufstellung findet sich auf S. 42 des aktuellen Jahresberichtes des LVR-Inklusionsamtes.

Die Ausführungen zum Jahresbericht des LVR-Inklusionsamtes 2018/2019 werden gemäß Vorlage Nr. 14/3620 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.4

Ergebnis der Prüfung zum Einsatz von NUEVA in den LVR-HPH-Netzen Vorlage Nr. 14/3549

Die Vorlage wird von Frau **Schmidt-Zadel**, Frau **Herlitzius**, Frau **Recki** und der **Beiratsvorsitzenden** diskutiert.

In mehreren Wortbeiträgen wird gelobt, dass die HPH-Netze wesentliche Aspekte des NUEVA-Ansatzes auf vielfältige Weise berücksichtigten (Partizipation, Empowermentschulungen, Peer Beratung). Überwiegend wurde artikuliert, dass auf eine externe Kunden-Evaluation durch NUEVA gut begründet verzichtet werden könne. Frau **Herlitzius** regt dagegen weitere Prüfungen an.

Frau **Schmidt-Zadel** regt an, die guten Ansätze aus dem Bereich der HPH-Netze auch bei freien Trägern von Wohnangeboten bekanntzumachen.

Das Prüfergebnis sowie die weiteren Strategien der LVR-HPH-Netze zur Stärkung der Selbstvertretungskompetenzen von Menschen mit geistiger Behinderung werden gemäß Vorlage Nr. 14/3549 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.5

Bericht über außerrheinische Maßnahmen und konzeptionelle Schlussfolgerungen Vorlage Nr. 14/3542

Die Vorlage wird von Frau **Schubert**, Frau **Schmidt-Zadel** und Frau **Herlitzius** diskutiert.

Sie verweisen auf eine bestehende Lücke in den Hilfen zum Wohnen für psychisch kranke Menschen mit herausforderndem Verhalten im Rheinland, weil viele Menschen langfristig als sog. "Bewahrfälle" in psychiatrischen Krankenhäusern untergebracht seien.

Frau **Lubek** betont, dass auch die außerklinische Unterbringung und Versorgung von Patient*innen des Maßregelvollzugs in der Beurlaubungs- und Nachsorgephase ein großes Problem darstelle.

Der Bericht über außerrheinische Maßnahmen und konzeptionelle Schlussfolgerungen wird gemäß Vorlage Nr. 14/3542 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.6

Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn; hier: Sachstandsbericht zur inklusiven Umgestaltung der Dauerausstellung und des Leitsystems (Phase 2) Vorlage Nr. 14/3574

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Sachverhalt zur inhaltlichen Weiterentwicklung für das LVR-LandesMuseum Bonn wird gemäß Vorlage Nr. 14/3574 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.7

LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum Umsetzung des Maßnahmenkataloges zur Barrierefreiheit hier: Durchführungsbeschluss Vorlage Nr. 14/3609

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Beschluss zu Vorlage Nr 14/3609 "Der Planung und der Kostenberechnung in Höhe von ca. 2.015.403,47 € (brutto) für die Umsetzung des Maßnahmenkataloges zur Barrierefreiheit für das LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum der Abtei Brauweiler in Pulheim wird gemäß Vorlage 14/3609 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Durchführung beauftragt." wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Anfragen und Anträge

Frau **Schmitt-Promny** bittet das Dezernat Soziales darzustellen, wie sichergestellt werde, dass trotz des anstehenden Zuständigkeitswechsels in der Eingliederungshilfe Leistungen ohne Einbrüche für die Leistungsberechtigten gewährt werden.

Punkt 8.1

Antrag zum Doppelhaushalt 2020/2021: Fördertopf inklusive Spielgeräte Antrag Nr. 14/272 FREIE WÄHLER

Der Antrag wird nicht zur Abstimmung gestellt.

Punkt 9

Bericht aus der Verwaltung

Herr **Woltmann** berichtet, dass der aktuelle Jahresbericht zum LVR-Aktionsplan nun druckfrisch vorliege. Der Jahresbericht sei Impuls für den LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 6. Dezember 2019. Um Anmeldung unter www.dialog.lvr.de wird gebeten, damit die Mitglieder des Ausschusses und des Beirates eine Auswahl für eine der drei Arbeitsgruppen treffen können.

Punkt 10

Beschlusskontrolle

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 11
Verschiedenes

Frau **Servos** teilt mit, dass Frau Arnold (Sozialverband VdK) aus persönlichen Gründen leider nicht länger als Mitglied im LBR-Pool des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte tätig sein könne.

Der **Ausschussvorsitzende** bedankt sich für die langjährige Mitarbeit von Frau Arnold.

Duisburg, den 13.11.2019

Solingen, den 13.11.2019

Köln, den 12.11.2019

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W Ö R M A N N

D A U N

L U B E K